

## Integration und gleichberechtigte Teilhabe in Krefeld gestalten

Krefeld ist seit Jahrzehnten ein Ort, wo zehntausende Menschen aus Europa und anderen Kontinenten Arbeit, Heimat und Zuflucht gefunden haben. Von Anfang der sechziger bis Mitte der siebziger Jahre warb die deutsche Wirtschaft systematisch in großer Zahl Arbeitskräfte aus dem Ausland an. Gerade in der vor vielen Jahren in Krefeld ehemals dominanten Textilindustrie, bei den Edelstahlwerken und Philips, aber auch im Gleis- und Straßenbau waren in großer Zahl Menschen aus der Türkei und Jugoslawien beschäftigt, die dann auch Familie aus ihren Heimatländern nachholten und blieben. Hinzu kamen politisch Verfolgte, Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien, der Türkei, Sri Lanka, Afghanistan, Irak und vielen weiteren Ländern. Auch die politische Anwerbung von Aussiedlern aus der ehemaligen Sowjetunion hat die zugewanderte Bevölkerung verstärkt.

Obwohl 32,9 % der Krefelder Einwohnerschaft selbst zugewandert ist oder aus einer eingewanderten Familie stammt und Krefeld damit in Nordrhein-Westfalen den zweiten Rang beim Anteil eingewanderter Bevölkerung einnimmt, hat Einwanderung in Krefelder Kommunalpolitik und Verwaltung eher wider Willen stattgefunden. Insbesondere StaatsbürgerInnen aus Ländern außerhalb der Europäischen Union werden vorrangig als Objekt ordnungsrechtlicher Aufsicht definiert und behandelt denn als gleichberechtigter Teil der Krefelder Bevölkerung.

Gerade auch im Bereich humanitärer Aufenthaltsgewährung im Rahmen der Bleiberechtsregelung hat die Ausländerbehörde Krefeld im Vergleich zu anderen Kommunen mit nicht einmal einem Drittel positiver Bescheidungen (Stand 28.02.2009) eine der niedrigsten Quoten im Regierungsbezirk Düsseldorf.

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Einwanderungsland. Die jahrzehntelange Maxime offizieller Politik, stattgefundenen Einwanderung auszublenden, muss aufhören. MigrantInnen sind Teil unserer Stadtgesellschaft und der Krefelder Arbeitswelt.

Wenn unsere Gesellschaft immer vielfältiger und auch bunter wird, hängt ihre Entwicklung entscheidend davon ab, ob alle Betroffenen gemeinsam und solidarisch sich hieran beteiligen und sie gestalten können. Wichtige Voraussetzung hierfür sind Toleranz und ein respektvolles Verständnis für andere Lebensweisen, sofern diese nicht mit den individuellen Freiheiten in Widerspruch stehen. Integration ist ein wechselseitiger Prozess und keine Einbahnstraße, deren Anpassungsforderungen sich denn ausschließlich an die Zugewanderten richten, sondern bedeutet, beidseitige Bereitschaft, einander zu verstehen und sich auf die neue gesellschaftliche Realität einzulassen. Die Integrationshindernisse, die angegangen werden müssen, liegen auf der Hand. Bei politischer Teilhabe, auf dem Arbeitsmarkt, bei den Bildungschancen und –abschlüssen, im kulturellen Leben, in der Wohnungsfrage und bei der Einkommensverteilung zählt die Mehrheit der zugewanderten Bevölkerung zu den Schlusslichtern der Stadtgesellschaft. Nicht zuletzt Rassismus und fremdenfeindliche Vorurteile und Übergriffe verstärken gerade bei der jungen Generation Perspektivlosigkeit und Identitätsängste.

Auf kommunaler Ebene konzentrieren sich alle Probleme, die mit Migration und Integration verbunden sind. Integration ist eine originär kommunalpolitische Aufgabe, die vorrangig in städtischer Verantwortung und Koordinierung liegt. Der gesamte Querschnitt kommunaler Politik ist gefordert. Ohne eine komplexe Neuorientierung, interkulturelle Öffnung und Schaffung von neuen Verwaltungsstrukturen können keine wesentlichen Fortschritte erzielt werden. Krefeld braucht eine offensive und couragierte Integrationspolitik, die das nachholt, was lange Jahre versäumt, verzögert oder verhindert worden ist. Finnland oder Schweden zeigen andere Möglichkeiten auf. So haben neben den skandinavischen Ländern auch EU-Länder wie Belgien, Frankreich und die Niederlande das Kommunalwahlrecht für MigrantInnen eingeführt.

*DIE LINKE.KREFELD* setzt sich für den gemeinsamen Kampf um Akzeptanz, Gleichberechtigung und Gleichstellung ein. Wir ermutigen die MigrantInnen in Krefeld sich stärker in die Politik einzumischen und im Kampf um die vollen BürgerInnenrechte zu engagieren. Nur erfahrbare große Fortschritte auf dem Weg zur Integration werden dazu führen, den Rückzug von Teilen der zugewanderten Bevölkerung in die weitere Isolation, in zweifelhafte politische und religiöse Strömungen oder in der Fixierung auf die Verhältnisse im Herkunftsland zu stoppen und umzukehren.

Wir wollen keine Aufteilung der Menschen in „echte“ und zugewanderte Deutsche, wir wollen keine Trennung in EU-BürgerInnen mit mehr Rechten als EinwohnerInnen aus anderen Ländern, die schon

Jahrzehnte hier leben und arbeiten. Wir wollen keine sogenannte Leitkultur. Diese ist lediglich ein Kampfbegriff, mit dem andere Kulturen herabgesetzt und Assimilierungsdruck ausgeübt werden soll. Wir wollen eine Gesellschaft, in der rechtliche und soziale Gleichheit, kulturelle Vielfalt und entwickelte demokratische Verhältnisse für alle die Leitprinzipien sind. Wir wollen eine Politik der helfenden Hand für Flüchtlinge anstelle von Ausgrenzung und Abschiebung. Alle Erfahrung lehrt: Diskriminierung und Ausgrenzung anstelle von Solidarität und Integration schlagen früher oder später voll auf die Mehrheitsgesellschaft zurück, vor allem auf die Lohnabhängigen. Globalisierung ist eine Lüge, wenn sie vor allem Waren- und Kapitalexpert meint, sich Billiglöhne, schlechte Sozialstandards und mangelnden Umweltschutz zunutze macht, aber die Menschen nach „nützlich“ und „unnützlich“ sortiert, gleiche Rechte und Lebenschancen verweigert. Der gemeinsame Kampf um Gleichstellung vor Ort ist mit dem Kampf um die Globalisierung der Menschenwürde untrennbar verbunden.

Uns ist bewusst, dass die politische Rahmensetzung durch die EU und die Gesetze von Bund und Land für jede Integrationspolitik bestimmend sind, positiv wie negativ. Wir wissen, dass die kapitalistische Wirtschaft mit ihren profitorientierten Entscheidungen, ihrer Lohnrückerei, Ausgrenzung und Arbeitslosigkeit ein gewaltiges Hindernis auf dem Weg zur Integration darstellt und überwunden werden muss. Dennoch gibt es keine Alternative zum Kampf um Gleichberechtigung und Gleichstellung der zugewanderten Bevölkerung hier und jetzt. Dieser Kampf ist Teil unseres Kampfes für eine bessere Welt.

*DIE LINKE*.Krefeld fordert:

- die Einführung des Kommunalwahlrechts für alle MigrantInnen, die ihren Lebensmittelpunkt in der Bundesrepublik Deutschland haben;
- die Ersetzung des Ausländerbeirates durch die Einrichtung eines Integrationsrates, der mit den anderen Ratsausschüssen gleichgestellt und stimmberechtigt ist;
- die Schaffung eines kommunalen Amtes für Migration und Integration;
- die Durchführung kommunaler Integrationskonferenzen unter Beteiligung von im Stadtgebiet Krefeld vorhandenen MigrantInnenvereinigungen, Ausländerbeirat, Beratungsstellen der Wohlfahrtsverbände, der Integrationsagentur, Flüchtlingsrat Krefeld, Gewerkschaften, Handwerks- und Industrie- und Handelskammer, Agentur für Arbeit;
- die Erstellung eines kommunalen Konzepts für Integration und Gleichstellung;
- die interkulturelle Öffnung und Kompetenzstärkung der Verwaltung. Systematische Förderung der Ausbildung und Beschäftigung von Menschen mit Migrationserfahrung in der Verwaltung und stadtnahen Unternehmen (gfs. durch Quotenregelung);
- ein kommunales wohnraumpolitisches Konzept, in dem die Stadt räumliche Abschottung gezielt verhindert und sozialkulturell bedingten Segregationen entgegenwirkt;
- öffentlich geförderte interkulturelle Projekte und Ansätze, insbesondere im Bereich der Jugendarbeit;
- zusätzliche Förderangebote für Kinder aus Migrantenfamilien in Kitas und Schulen. Darunter fällt insbesondere die Förderung der Herkunftssprache, um die Integration, aber auch Bildungs- und Berufschancen zu verbessern. Antirassistische Arbeit ist außerdem in Schulen kontinuierlich zu fördern;
- eine humane Flüchtlingspolitik, die einschließt, die noch bestehenden Sammelunterkünfte abzuschaffen, die Ausländerrechtliche Beratungskommission zu stärken, die schulische Ausbildung und medizinische Versorgung sicherzustellen, die Betreuung traumatisierter Flüchtlingsfrauen und Opfer von Frauenhandel zu verbessern;
- den Beitritt der Stadt Krefeld zum europäischen „Netzwerk Städte für Menschenrechte“;
- Schaffung eines helfenden Netzwerks für Menschen ohne Papiere. Beitritt zum bundesdeutschen Netzwerk Kinder ohne Aufenthalt.

